

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zuspitzung der englischen Krise.

„Bereitet euch auf Neuwahlen vor!“

London, 2. Oktober. (WTB.) Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ bringt in Fettdruck die Aufforderung: „Bereitet euch auf Neuwahlen vor“ und sagt, daß MacDonald Neuwahlen andeuten werde, wenn die Regierung bei dem konservativen Mißtrauensantrag am Mittwoch eine Niederlage erleiden sollte.

London, 2. Oktober. (TL.) Die politische Krise wegen des Russenvertrages und der Zurückziehung der Klage gegen die kommunistische Zeitschrift „Workers Weekly“ dauert an. Sie scheint diesmal ernster zu werden, als alle die vorhergegangenen, und kann nach Ansicht der führenden Morgenblätter, sowie der Liberalen und Konservativen Neuwahlen bedeuten. Die liberale Fraktion hat im Unterhause eine Fraktionsstimmung abgehalten, bei der eine durchaus veränderte Haltung der Parteimitglieder offenbar wurde. Die Einbrüche in den Wählerkreisen während des Urlaubs haben offenbar einen grundsätzlichen Stimmungswechsel herbeigeführt. Allen Ernstes wird mit der Möglichkeit einer Neuwahl bis Ende des Monats und unter Umständen sogar noch früher gerechnet. Den unmittelbaren Anlaß zur Krise bildet das Mißtrauensvotum der Konservativen, dem sich die Liberalen nach dem gestrigen Fraktionsbeschlusse anschließen wollen, wenn es die Formulierung des Mißtrauensvotums nur einigermaßen zutrifft.

Englische Verstimmung gegen Deutschland.

Wegen der geplanten Tarifmaßnahmen der Regierung.

London, 2. Oktober. (WTB.) „Daily Telegraph“ befaßt sich in seinem Leitartikel eingehend mit der Frage des Handelsvertrages mit Deutschland. Das Blatt führt aus, die britischen, amerikanischen und anderen an der Dawes-Anleihe interessierten Banken seien in ihren Verhandlungen mit den deutschen Sachverständigen auf sehr wenig Schwierigkeiten gestoßen und die Freigabe und Einsicht Dr. Schachts hätten in London starken Eindruck gemacht. Die Ankunft Dr. Luthers sei ein Zeichen, daß sich die Frage jetzt in ihrem Endstadium befinde. Die Verhandlungen über den deutsch-englischen Handelsvertrag seien augenblicklich durch eine Schwierigkeit unterbrochen, die in hiesigen Banken und Geschäftskreisen starke Verstimmung erzeugt habe. Die Stimmung sei auf die geplanten fiskalischen Maßnahmen der deutschen Regierung zurückzuführen, da die Ausfichten des britischen Handels ernstlich durch die Auserlegung dieses Tariffes beeinträchtigt würden. Außerdem bestünde die Gefahr einer Vorzugsbehandlung für gewisse Industrien in Frankreich, die England nicht genießen soll. „Daily Telegraph“ erklärt, es habe hier Erstaunen erzeugt und mehr als Erstaunen, daß eine derartige Politik von der deutschen Regierung unternommen wird, zu gleicher Zeit, wo Schritte von Großbritannien getan werden, um durch Liebernahme eines großen Anteils an der Dawes-Anleihe zur Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Stabilität und der deutschen Kredite beizutragen. Es sei schwierig zu verstehen, wie eine Regierung notwendige Unterstützung mit einer Hand annehmen könne, während sie mit der anderen ein Befehl erteile, das unmittelbare und ernstliche die materiellen Interessen eines der Länder, das zu seiner Hilfe mitwirkt, schädigt. Zwei Dinge brauche Großbritannien von Deutschland, eine Verringerung des geplanten Tariffes in der Hinsicht, daß seine Wirksamkeit gegen den britischen Handel nicht prohibitorisch (verhindernd) sein würde, und eine Fortsetzung der Meistbegünstigung, die jetzt und seit vielen Jahren ein zentraler Grundpfeiler in den britischen Handelsbeziehungen mit Deutschland gewesen sei.

„Daily Telegraph“ hält es für mehr als wahrscheinlich, daß die Weigerung, mit der diesen Anforderungen bisher begegnet worden sei, auf die Annahme begründet worden sei, daß Großbritannien, das zur Politik der freien Einfuhr verpflichtet und daher nicht in der Lage sei, mit fiskalischen Vergeltungsmaßnahmen zu drohen, ohne Verteidigungsmittel gegen eine Aktion dieser Art sei. Diese Annahme sei eine Täuschung. Die Macht, um die britische Verstimmung über derartige Absichten fühlen zu lassen, und zwar wirksam, liege auf dem britischen Geldmarkt und es seien augenblicklich reichliche Beweise vorhanden, daß die britische Finanz sich der Notwendigkeit, diese Macht zu gebrauchen, bewußt ist.

Das Blatt weist darauf hin, daß britische Kredite, die die wenigen Millionen, die England zur Dawes-Anleihe beisteuere, bei weitem überschreiten, für Deutschland in der unmittelbaren Zukunft von vitaler Notwendigkeit sein würden. Die in der City von London erzeugte Verstimmung über den augenblicklichen Stand der Dinge, verdiene daher sehr ernste Aufmerksamkeit seitens der deutschen Regierung und der deutschen Geschäftswelt. Die britische Finanz sei sich bis heute in hohem Maße der Notwendigkeit bewußt, ihre Macht in jeder Hinsicht zur Unterstützung der britischen Industrie zu verwenden. Das Blatt schließt, wachsende Stärke der Ansichten der City in dieser Frage sei eine höchstbedeutsame Tatsache, von der sich Dr. Luther während seines Besuches werde Rechenschaft ablegen müssen, und es sei zu hoffen, daß die Schritte, die sich ihm aufdrängen werden, bei seinen Kollegen in Berlin Gewicht haben werden.

Internationale Sozialpolitik.

Französische Delegation nach Prag.

Paris, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Eine sehr starke französische Delegation unter Führung des Arbeitsministers Godard und unter Beteiligung zahlreicher bekannter Universitätsprofessoren und von Gewerkschaftsführern wie Jouhaux usw. hat sich nach Prag zum internationalen Kongress für soziale Gesetzgebung begeben.

Die Pariser Verhandlungen.

Kommentare der französischen Presse.

Paris, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die meisten Blätter nehmen die Eröffnungssitzung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zum Anlaß von Kommentaren über die Stellung beider Vertragsgegner und den vermutlichen Ausgang der Verhandlungen. Aus den Ausführungen geht die zum Teil etwas sorgenvolle Erkenntnis hervor, daß die taktische Lage Deutschlands sehr stark sei, da Deutschland nach Frankreich verhältnismäßig wenig ausführe und nicht unbedingt ausführen müsse, während Frankreich für verschiedene Erzeugnisse auf den deutschen Markt unbedingt angewiesen sei, was insbesondere für die elsaß-lothringische Produktion gelte. Indessen wird auf das deutsche Bedürfnis nach lothringischen Erzen und nach Erleichterungen im Verkehr mit dem Saargebiet hingewiesen, zum Teil wird auch, wie z. B. im „Deure“, hervorgehoben, daß im Falle eines deutschen Entgegenkommens von französischer Seite wahrscheinlich von der Möglichkeit einer früheren Räumung des Ruhrgebietes Gebrauch gemacht werden dürfte. Im nationalistischen „Echo de Paris“ wird Herriot vorgeworfen, daß er die Stellung Frankreichs durch vorzeitigen Abbruch der Zwangspolitik im Ruhrgebiet geschwächt habe, während umgekehrt im „Deure“ gegen Poincaré Anklage erhoben wird, durch seine Ruhrpolitik die Möglichkeit für eine deutsch-französische Verständigung auf handelspolitischem Gebiete erschwert zu haben.

In dem Artikel, den Herbetie heute morgen in der „Information“ veröffentlicht, werden folgende Fragen aufgeworfen: Wird die Reichsregierung auf dem System der Kontingentierung der Ausfuhrerzeugnisse und der Einfuhrverbote bestehen bleiben oder zu dem System der Handelsfreiheit zurückkehren, und in welchem Geiste wird sie dann ihre Tarife aufstellen? Andererseits stünden die bekannten Fragen offen: Zulassung der elsaß-lothringischen Erzeugnisse in Deutschland und Anwendung der Zollbestimmungen auf das Saargebiet. In der ersten Frage seien die Franzosen die Antragsteller, in der zweiten die Deutschen. Schließlich, so meint Herbetie, könnte man sich fragen, ob die französische Regierung sich jetzt zu Vereinbarungen zwischen französischen und deutschen Erzeugern bereit erklären würde. Auf diese Frage lautet die Antwort bejahend; etwas anderes könne man von der neuen Politik Frankreichs auch nicht erwarten.

Herbetie verläßt den „Tempo“.

Paris, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Quotidien“ meldet, ist bei dem großen Diplomatenklub auch ein hoher Posten im Ministerium des Auswärtigen oder eine Gesandtschaft für den bisherigen Auslandsredakteur des „Tempo“, Jean Herbetie, vorgesehen. Daß Herbetie, der seit 1. September vom „Tempo“ beurlaubt ist, seine Redakteurstelle nicht wieder antreten dürfte, geht daraus hervor, daß die „Information“ heute einen Artikel von ihm über die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen veröffentlicht. Herbeties Abgang vom „Tempo“ ist jedenfalls insofern bedauerlich, als damit dieses einflussreiche Organ auch außenpolitisch, wie schon seit einem Monat fühlbar, ins oppositionelle Fahrwasser geraten dürfte, während es unter Herbetie schon seit Januar für eine Verständigungspolitik mit Deutschland wirkte.

Die Reparationsleistungen.

Uebertreibung weiterer 5 Millionen Goldmark durch die Rheinlandkommission.

Paris, 2. Oktober. (WTB.) Jnanas meldet aus Koblenz: Die Rheinlandkommission hat gestern die Uebertreibung von 5 Millionen Goldmark auf Konto des Generalagenten für die Reparationszahlungen verfügt. Diese Summe ist die dritte Deladenzahlung des Monats September auf die von den Alliierten gemachten Einnahmen in den besetzten Gebieten. Nach Abzug von 2 Millionen Goldmark Betriebskosten sind 14,3 Millionen Goldmark aus der Pfändertasse abgeführt worden.

Die Blutherrschaft in Georgien.

Paris, 2. Oktober. (TL.) Die georgische Delegation veröffentlicht ein Kommuniqué, daß in Georgien von den Sowjettruppen 9000 Kuffändische hingerichtet worden sind, 63 Geiseln sind in einem Eisenbahnzuge niedergemacht worden. Die Konzentrationslager sind mit Geiseln und Gefangenen angefüllt. Die Bolschewisten haben strenge Maßnahmen ergriffen, um ein Entweichen der Kuffändischen über die türkische Grenze zu verhindern.

Die Börse ruhiger.

Die Börse stand heute im allgemeinen im Zeichen ruhigeren Geschäftes. Am Anleihemarkt macht sich das Bestreben der Spekulation geltend, die Engagements möglichst abzubauen. Infolgedessen lagen die Kurse im Vergleich zur gestrigen Frankfurter Abendbörse etwas schwächer. Man handelte gegen Mittag: Kriegsanleihe mit 675 bis 680, Schutzgebiete mit 7 bis 7½, 3½prozentige preussische Konsols mit 1260, Zwangsanleihe mit 14¼, 23er K-Schätze mit 260 bis 275, 24er K-Schätze mit 575 bis 606. Die Geldmarktlage hat sich erleichtert. Immerhin muß man für tägliches Geld mit einem Satz von 2 pro Mille täglich rechnen. Geld ist jedoch leichter zu bekommen, als an den vorangegangenen Tagen. Im Devisenverkehr zeigen sich keine nennenswerten Veränderungen.

Armes Europa!

Von Eugen Prager.

Wir wollen zunächst einige Zahlen und Tatsachen reden lassen:

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben 1922/23 Waren im Betrage von 2035 Millionen Dollar nach Europa exportiert, von dort in diesem Zeitraum aber nur für 1161,5 Millionen erhalten; Europa war also mit 873,5 Millionen Dollar gegenüber den Vereinigten Staaten passiv. 1923/24 betrug der amerikanische Export nach Europa 2201,9 Millionen Dollar, der Import von Europa 1065,5 Millionen. Die Passivität Europas gegenüber den Vereinigten Staaten betrug in diesem Zeitraum 1136,4 Millionen Dollar. Zu diesem Verhältnis haben mit Ausnahme der Tschechoslowakei sämtliche europäischen Länder beigetragen, auch England, Frankreich und Deutschland.

Dieser für Europa so ungünstige Stand der Handelsbilanz ist nicht etwa bei der Zahlungsbilanz ausgeglichen worden; die Verschuldung Europas gegenüber den Vereinigten Staaten hat im Gegenteil gewaltig zugenommen. Das geht deutlich aus der Goldhandelsbilanz der Vereinigten Staaten hervor. Seit einer ganzen Reihe von Jahren ist die Einfuhr von Gold vor allem aus den europäischen Ländern weit höher als die Goldausfuhr. Man betrachte die folgende Aufstellung (in 1000 Dollar):

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß
1920/21	644 847	183 588	511 309
1921/22	468 810	27 845	440 965
1922/23	284 090	49 022	235 068
1923/24	417 026	10 207	406 819

Die Goldreserven der Vereinigten Staaten betrugen im Jahre 1915 384 Millionen Dollar, sie waren Ende 1923 auf 3192 Millionen Dollar angewachsen. Dieser ungeheure Goldzufluß hat für die Vereinigten Staaten auch seine Nachteile und man kann bereits von einer Art Goldinflation sprechen, die lediglich wegen der geldpolitischen Maßnahmen Amerikas sich nicht voll auswirken. Im ganzen genommen hat aber die industrielle Produktion eine gewaltige Steigerung erfahren.

Wie sehr die Bedeutung der Vereinigten Staaten als Welt handelsland zunimmt, ergibt sich daraus, daß 1923 38 Proz. der Uebersetztransporte auf amerikanischen Schiffen verfrachtet wurden; man erinnere sich, daß die Ozeanhandelsflotte der Vereinigten Staaten vor dem Kriege fast bedeutungslos war. Die amerikanischen Häfen erleben einen rapiden Aufschwung ihres Verkehrs. So wird aus Los Angeles berichtet, daß sich die Zahl der regelmäßigen Linien, die den Hafen anlaufen, 1923/24 von 63 auf 136 erhöht, die Zahl der angekommenen Schiffe von 3550 auf 4607, die Verkehrstonnage von 15 Millionen auf 20,6 Millionen erhöht habe. Die Einkünfte des Hafens haben um 40 Prozent zugenommen.

Zu der wachsenden Verschuldung Europas gegenüber den Vereinigten Staaten, die sich schon aus dem ungedeckten Teil der Handelsbilanz ergibt, tritt noch der Gesamtbeitrag der interalliierten Schulden. Ihr Stand wurde am 15. November 1923 mit 10,5 Milliarden Dollar berechnet.

Je größer der Reichtum der Vereinigten Staaten wird, desto schneller schreitet die Verarmung Europas fort. In dem gleichen Maße verliert Europa aber auch an Bedeutung für die Weltwirtschaft. Noch im Jahre 1890 betrug der europäische Anteil am Weltmarkt 75 Proz., bei Kriegsausbruch machte er noch etwa zwei Drittel des Gesamtaußenhandels der Erde aus, heute ist er weit darunter gesunken.

Um die Bedeutung dieser Zahlen und Tatsachen, die sich noch beliebig vermehren und ergänzen lassen, recht zu würdigen, muß man sich daran erinnern, daß die Vereinigten Staaten vor 1914 als Welt handelsland etwa den gleichen Rang einnahmen, wie jedes der drei wichtigsten europäischen Industriestaaten, England, Deutschland und Frankreich. Europa hatte vor dem Kriege die Führung in der Weltwirtschaft, es war der Hauptlieferant von Fertigerzeugnissen, es versorgte die Erdteile mit Kapitalien und Produktionsmitteln. Seitdem hat sich dieses Verhältnis verändert; Europa ist zum Schuldner der Vereinigten Staaten geworden, seine Goldreserven sind nach Amerika abgeflossen, die Vereinigten Staaten als Einzelstaat haben kontinentale Bedeutung gewonnen, sie wollen nicht nur Weltbankier, sondern auch Weltkaufmann werden.

Wird es Europa noch einmal gelingen, seine frühere Stellung in der Weltwirtschaft wieder zu erobern? Ist es auch nur imstande, sich neben den Vereinigten Staaten zu behaupten? Um diese Fragen zu beantworten, muß man sich vergegenwärtigen, was heute Amerika und was Europa ist.

Die 48 Republiken der Vereinigten Staaten bilden einen geschlossenen Wirtschaftsorganismus; keinerlei Zollschranken oder andersstaatlicher Landbesitz zerreißen sein Gebiet. Es verfügt über ungeheure Natur- und Bodenschätze und besitzt den modernsten Produktionsapparat der Welt. Diesem Wirtschaftskörper fließen noch außerordentliche Kräfte aus Lateinamerika zu, wo die europäischen Länder, die während des Krieges von dort verdrängt waren, jetzt mühsam wieder Fuß fassen müssen. Zum englischen Kanada mit seinen unermesslichen Zukunftsaussichten unterhält es gute Nachbarschaft. Es ist möglich, daß der Grundbesitz „Amerika den Amerikanern“ in naher Zeit durch die Schaffung eines Pan-Amerika verwirklicht wird.

Und jetzt Europa: Auf einem Raum, der halb so groß ist wie die Vereinigten Staaten, drängt sich eine dreimal so

große Bevölkerung zusammen. Rußland, das vorläufig keinen weltwirtschaftlichen Faktor bildet, und sich aus dem europäischen Kulturkreis selbst ausgeschaltet hat, muß zunächst außer Betracht gelassen werden. Dieses Europa ist in 27 große und kleine Staaten zersplittert, die sich gegeneinander durch Grenzmauern absperrten. Seit 10 Jahren herrscht hier Raub und Gewalt, die bisherigen Friedensschlüsse schienen nur dazu zu dienen, um künftige Kriege vorzubereiten. Die Produktionsmittel sind heruntergewirtschaftet, die Konsumkraft der Mehrheit der europäischen Bevölkerung ist gebrochen, nationalistischer Haß vergiftet die Seelen, das kapitalistisch orientierte Bürgertum, statt die wirtschaftlichen Kräfte zu wecken und zu stärken, versucht durch Niederhaltung des Proletariats seine Existenz zu sichern.

Es ist klar, daß Europa dem Untergange geweiht ist, wenn es nicht den Mut zu neuer Gesinnung findet. Die europäischen Nationen müssen sich endlich dessen bewußt werden, daß sie eine Schicksalsgemeinschaft bilden, aus der sich höchstens England retten kann, indem es sich vom Kontinent abwendet und ganz in dem britischen Imperium aufgeht. Aber keines der anderen europäischen Völker kann sich dieser Schicksalsgemeinschaft entziehen. Die Zahlen des weltwirtschaftlichen Verkehrs, die Tatsachen des weltpolitischen Lebens reden eine deutliche Sprache für alle europäischen Völker!

Nach 10 Jahren der Verwirrung ist endlich in London der Weg beschritten worden, den Europa gehen muß, wenn es nicht dem Schicksal der alten verfunkenen Weltreiche verfallen will. In Genf ist man ein Stückchen dieses Weges weiter gegangen. Es scheint, als ob die anderen Nationen bereit sind, dem Geist politischer und wirtschaftlicher Verständigung zu fördern. In Deutschland liegt es nunmehr, durch unmißverständliche Handlungen den Willen zu bezeugen, an seinem Teil an der Rettung Europas vor dem Untergang mitzuwirken.

Eine dieser Handlungen muß der Beitritt zum Völkerbund sein. Den zweiten Beweis seiner guten Absichten kann Deutschland bei der Neuordnung seiner Handelsbeziehungen zu den anderen Staaten liefern, indem es den Versuch zu einer allgemeinen Vereinigung und Vereinfachung der wirtschaftlichen Grenzverhältnisse in Europa unternimmt.

Die deutsche Sozialdemokratie, die sich mit der Arbeiterchaft des übrigen Europa eins fühlt, verlangt von der Reichsregierung, daß sie mit der Reaktion von rechts breche und nichts unversucht lasse, um gemeinsam mit der Demokratie der übrigen Länder an dem Neuaufbau Europas, der zugleich der Neuaufbau Deutschlands sein wird, zu arbeiten.

Deutschnationale gegen Marx.

Ablehnung der „Volksgemeinschaft“.

Die Deutschnationalen lehnen die Volksgemeinschaft, wie sie Marx auffaßt, ab. Sie ist ihnen zu — „morgistich“. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

Die Art der Volksgemeinschaft, wie sie sich Dr. Marx denkt, lehnen wir für unseren Teil ab. Für uns kann die Zusammenarbeit mit einer nationalen und einer internationalen eingestrichen, marxistischen Partei selbstverständlich nicht in Frage kommen. Sie ist eine glatte Unmöglichkeit. Die Deutschnationalen Volkspartei müßte ihre Grundzüge völlig verleugnen, wenn sie sich zusammen mit Vertretern der Sozialdemokratie an den Regierungstisch setzte.

Ueber Grundzüge wollen wir uns mit den Deutschnationalen nach dem 29. August nicht mehr unterhalten, aber daß die Gefühle, die sie gegenüber der Sozialdemokratie hegen, auf Gegenseitigkeit beruhen, können wir ihnen auf Ehre versichern. Ein Unterschied besteht nur darin, daß die Deutschnationalen die Sozialdemokraten fürchten, während die Sozialdemokraten die Deutschnationalen mit etwas mehr Humor betrachten.

Kirschkern.

Von Hans Bauer.

Ein Mann ging auf der Straße, in tiefes Nachdenken versunken, spazieren, als plötzlich hinter ihm sein Name gerufen wurde. Er schreckte aus seinen Gedanken auf, drehte sich um und — warf die Hände in die Luft und stürzte längsins hin. Der arme war bei der schrecklichen Drehbewegung auf einen Kirschkern getreten und ausgerutscht. Die Folge dieses Unglücksfalles war ein außerordentlich schmerzhafter Beinbruch.

Als der Verunglückte wieder einigermaßen hergestellt war, sah man ihn nur noch mit einer Kirschkern auf der Straße, aus der er eine Kirsche nach der anderen nahm und deren Kerne er emsig auf die Straße spie. Ein Freund fragte ihn, warum er das tue. „Haben Sie schon einmal durch die Unvorsichtigkeit anderer das Bein gebrochen?“ fragte jener zurück.

„Rein.“

„Dann kennen Sie diesen Schmerz auch nicht.“

„Und dann...“

„Und dann verstehen Sie es freilich auch nicht, warum ich nun meinerseits Kirschkern streue.“

Dann ging auch ein anderer Mann auf der Straße. Hörte auch seinen Namen. Drehte sich auch schnell um. Glitschte auch auf einem Kirschkern aus. Brach auch das Bein — und ward einige Monate später gesehen, wie er jeden Kirschkern entzweitrat, dessen er irgendwo auf der Straße ansichtig wurde. Ein Freund fragte ihn, warum er das tue. „Haben Sie schon einmal durch die Unvorsichtigkeit anderer das Bein gebrochen?“ fragte er zurück.

„Rein.“

„Dann kennen Sie auch diesen Schmerz nicht.“

„Run dann...“

„Und dann verstehen Sie es freilich auch nicht, warum ich jedem mein Geschick ersparen möchte.“

Was noch zu sagen bleibt: daß dieser sich einen Friedensfreund nannte, während jener schon vor seinem Beinbruch unabschämlich war.

Der unwiderstehliche Kaffian.

Dieses Abenteuer eines Oberlehrers in drei Akten ist kein „Stück“. Es ist in keines der dramatischen Gattungsfächer einzureihen. Es ist nichts, als ein Abenteuer in drei Akten. Ein allen Gesehen der dramatischen Uebertreibung, des Handwerks, des „Baus“ hoher sprechendes „Stück“. Jede Pointenmöglichkeit wird ausgenutzt. Man geht auch dem billigsten Witz nicht aus dem Weg. Um das dürre Gerüst einer sehr schwächlichen Handlung hängen Witze. Es ist, als hätte man an einem kleinen, ärmlichen Weichnachtslämchen unzählige Rüsse und Pralineen angebracht — guter und schlechter Qualität. Die Erfinder dieser unwiderstehlichen, aber mit

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt schließlich:

Die Absichten des Reichstanzlers, wie sie von ihm in der „Germania“ dargelegt werden, müssen unseres Erachtens, vorausgesetzt, daß das Herantreten an die Sozialdemokratie ernst gemeint ist, von vornherein den Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett Marx unmöglich machen.

Die „Kreuzzeitung“ unterstellt damit dem Reichstanzler hypothetisch, daß sein Herantreten an die Sozialdemokratie nicht ernst gemeint sein könnte. Mit dieser Unterstellung sich auseinanderzusetzen, ist Sache des Herrn Marx selbst. Für den Fall jedoch, daß der Reichstanzler als ehrlicher Mann handeln sollte, kündigt sie ihm den Kampf an. Herr Marx wird damit vor die Alternative gestellt, entweder nicht als ehrlicher Mann zu handeln und sich damit die Sympathie der Deutschnationalen zu verdienen oder aber den Kampf gegen sie aufzunehmen.

In der demokratischen und der Zentrumspresse findet eine Neuerung starke Beachtung, die der deutschnationale Führer Schlang-Schöningen erst kürzlich bei einer Tagung der „Bismarck-Jugend“ in Braunschweig getan hat. Sie lautet:

Wir bleiben die Alten! Bevor die Sozialdemokratie nicht besiegelt ist, können wir die Front nicht nach außen richten. Durch das Parlament wird Deutschland niemals gerettet werden. Wenn der geistige Augenblick kommt, ist hoffentlich ein Bolz da, das querdurch über alle Bedenkllichkeiten das tut, was zur Rettung des Reiches notwendig ist. Dann wird man das Leben einsehen müssen, um dem Bolz und dem Staat das Leben und die Zukunft zu geben. Wir alle glauben, hoffen und kämpfen für den Tag, wo unter den wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen unsere verlorenen Brüder heimgeführt werden in ihr Vaterhaus. Das Heer wird dann nicht als ein Heer der Republik zurückkommen, sondern an seiner Spitze uns den deutschen Kaiser wiederbringen.

Das ist, wie manzugeben wird, eine sehr klare Programm, mit dessen Verkündung Herr Schlang offenbar seine Anwartschaft auf das Reichsministerium des Auswärtigen anmelden wollte.

Vor dem Empfang der Parteiführer.

Der angekündigte Empfang der Führer der Regierungsparteien beim Reichstanzler findet nun bestimmt heute nachmittag um 1/2 5 Uhr in der Reichstanzlei statt. Im Laufe des Vormittags tagten die Fraktionsvorstände der Regierungsparteien in getrennten Sitzungen, um die Besprechungen vorzubereiten. Wie die Telegraphen-Linien erfährt, entsendet das Zentrum zu den Besprechungen die Abgeordneten Fehrenbach, Becker, Ernsberg und v. Guérard, die Deutsche Volkspartei wird durch die Abgeordneten Dr. Scholz, der heute vormittag von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrt ist, Dr. Zapf und Dr. Curtius vertreten. Die Demokraten werden die Abgeordneten Erkelenz, Dr. Haas und Reinath entsenden. Die Besprechungen mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen werden das Ende der Woche ausfüllen. Der Reichstanzler wird bestimmte Richtlinien vorgeben, die die Grundlage der Politik einer „Regierung der Volksgemeinschaft“ bilden werden, wie sie ihm vorschwebt. Der Kernpunkt dieses Programms wird in der Durchführung des Londoner Paktes liegen. Ein Teil der Morgenpresse findet es auffällig, daß der Reichstanzler die Führer der Sozialdemokraten vor den Deutschnationalen empfangen will. In der Umgebung des Reichstanzlers legt man Wert auf die Feststellung, daß alle Vermutungen, die sich an diese Tatsache knüpfen, durchaus verfehlt seien. In Anbetracht der Tatsache, daß die Sozialdemokraten lange Zeit die Politik der Regierung unterstützten, sehe es nach dem Reichstanzler als seine Pflicht an, auch die Sozialdemokraten zur Mitarbeit wieder aufzufordern. Das Ziel des Reichstanzlers, eine „Regierung der Volksgemeinschaft“ herbeizuführen, siehe unverrückbar fest.

Rückstellungen. In unsere Kritik der Getreidepreise unter der Ueberschrift „Korn“ Erfolg“ haben sich einige Versehen eingeschlichen, die der aufmerksame Leser an Hand der Tabelle bereits festgestellt haben wird: Die Börsenpreise beziehen sich nicht auf den Doppelzentner, sondern auf die Lonne zu 1000 Kilogramm. Im ersten Absatz muß es demnach überall, wo von Doppelzentnern die Rede ist, Lonne heißen. Der Zentner Getreide ist während der letzten Monate um rund 5 M. — nicht wie fälschlich dasteht 50 M. — im Preise gestiegen.

rückwärtsloher Witzigkeit behängten Handlung sind die beiden Brüder Bolz, die in Wien und Umgebung bekannt sind und mit verdienender Liebe behandelt. Sie sind eine Besonderheit, eine Spezialität des Ironiebegabten, fruchtbar-geistigen, sich selbst und die anderen satirierenden Judentums.

Der Oberlehrer, dem im „Komödienhaus“ das „Abenteuer“ zuzieht — eine junge Frau steht mit ihm, um ihren Mann eifersüchtig zu machen, sieht aber gerade mit ihm, um den Mann nicht eifersüchtig zu machen — ist Ralph Arthur Roberts. Dieser Komiker in der Rolle eines jener Affenmenschen, die in den höheren Bekehrstufen so oft und so redlich Naturgeschichte unterrichtet, mit rölligem Bart und spärlächem Haupthaar, einer noch nicht entzündeten Nase, beherst mit köstlichem Dialekt und jungfräulicher Männlichkeit, sieht sich durch allerlei unwahrscheinliche Begebenheiten plötzlich als einer von den Frauen heißbegehrten Mann und glaubt mit der Zeit selbst an den „Jauber“, der von ihm ausgehen soll. So lange ist er grotesk-grinlich, von der Romantik eines verhanderten Don-Quixotes überweht, lächerlich, ohne es zu wissen und also: lächerlich. Wie sich aber zum Schluß herausstellt, daß kein Jauber von ihm ausgeht, wandelt sich das Groteske ins Tragische. Dann ist es das Trauerspiel eines enttäuschten Menschen, der die traurigste Enthüllung erlebt: daß er lächerlich ist. Der dort verkehrt wird, wo sogar die Männer, nicht nur die Oberlehrer aus dem Geschlecht dieses „Dornbusch“, am verkehrbarsten sind: in der Region der Eitelkeit. Wie Roberts zum Schluß auf die Verlogenheitsentscheidung der jungen Frau reagiert, wie er zugibt, daß er das ganze Spiel von vornherein durchschaute und nur aus Gutmütigkeit mitgemacht hat während er den tiefsten Schmerz, den der Selbsterkenntnis, erlebt — dieser Augenblick ist der Punkt, an dem der höchste Schmerz gleich wird dem Gelächter, dem verflunnten und als stille Rage fortwirkenden. Es ist der Meisteraugenblick eines starken Komikers.

Die Kammerpiele warteten gestern mit einem köstlichen Gericht auf. „Die tote Lante und andere Begebenheiten“ nannte sich das Menü, von Kurt Götz mit allen Feinheiten zubereitet und von ihm selbst serviert. Diese drei Einakter des kultivierten und amüsanten Schauspielers und Autors sind ebenso genussreich wie eine Portion Kaviar. Man wird nicht satt davon, aber der Feinschmecker hat seine Freude daran. Nach dem Vorgang Bernhard Schaws, der einigen seiner Stücke den Oberbittel „Ergoldliche und unerquidliche Stücke“ gab, nennt Herr Götz seine Einakter „Kergerliche und erbauliche Begebenheiten“. Sein Witz ist nicht so geistvoll und so spitz wie der Schaws, aber dafür leichter, spielerischer, rändelnder, mit Bravour und Virtuosität an der Oberfläche bleibend. Der erste Einakter „Der Wörder“ macht den Zuschauer bis zur Langeweile gespannt. Die etwas leichte Gattin fürchtet und muß nach den vorliegenden Umständen annehmen, daß ihr Mann ihren Liebhaber auf der Jagd erschossen hat. Die Spannung steigt auf den Höhepunkt, als der Bendarmer erscheint. Aber alles löst sich in der liebenswürdigsten Weise auf. Es war ein für die Gattin heiliges Mißverständnis. Der Bendarmer wollte den Gutsherrn nur um einen Zentner Kartoffeln bitten. Im zweiten Einakter „Das Märchen“, das Herr Götz bescheiden eine „kiffige Begebenheit“ nennt, spielt

„Der heißersehnte Freiheitskampf“.

Deutscher Offiziersbund gegen Reichsregierung.

Der Vorsitzende der Drisgruppe Koburg des Deutschen Offiziersbundes, Generalmajor a. D. Schneider, teilt in einem vertraulichen Schreiben mit, daß die Bundesleitung „die anfangs eng gesteckten Grenzen ihrer Tätigkeit erweitert und sie nunmehr auf alle vaterländischen Fragen ausgedehnt hat und zur Erlangung ihrer Ziele zur Kampfstellung gegen die Reichsregierung übergegangen ist“. Ueber das Deutsch, das der ehemalige Generalmajor verzapft, wollen wir nicht streiten. Wenn aber die Bundesleitung des Deutschen Offiziersbundes der Reichsregierung den Kampf ansetzt, so tritt sie damit aus ihrer politischen Neutralität heraus, und das Reichswehrministerium wird genötigt sein, sich einmal etwas genauer mit dem Offiziersbund zu beschäftigen. Wie wir hören, beabsichtigt der Deutsche Offiziersbund mit seiner Schwenkung, sich der Gruppe Ludendorff-Hitler zu nähern. Ludendorff ist im Begriff, sich durch den „Fronting“ eine neue militärische Organisation zu schaffen. Daß er daran denkt, sich hierbei auch der aktiven Mitwirkung einzelner Reichswehroffiziere zu versichern, geht aus einer Erläuterung zum Frontingaufruf vom 2. September aus der Feder des ehemaligen Hauptmanns Köhm hervor. Die Reichswehr ist, wie die Vorfälle vom 9. November vorigen Jahres beweisen, gegen derartige Zerfetzungsversuche nicht ohne weiteres gefeit. Der Verlauf des Münchener „Fronting“-Standals läßt darauf schließen, daß sich Ludendorff auch mit dieser Neugründung gewaltsame politische Ziele gesetzt hat. Will das Reichswehrministerium dulden, daß die Aufschpropaganda auf dem Wege über den Deutschen Offiziersbund von neuem in die Reichswehr getragen wird? Es ist traurig genug, daß es sich der Offiziersbund erlauben darf, sich zum offiziellen Träger der Hege gegen die Reichsregierung herzugeben. Der „heißersehnte Freiheitskampf“, von dem in dem Schreiben die Rede ist, erscheint demgegenüber lediglich als Utrope, um Dumme zu täuschen.

Geisler kneift —

und beschimpft die Deutschnationalen.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Geisler zieht es vor, auf den offenen Brief des Genossen Hörning zu kneifen. Als Antwort läßt er durch seine „vaterländischen Verbände“ eine Notiz verbreiten, die lediglich besagt, Geisler halte es für unter seiner Würde, der Einladung des Reichsbanners zu folgen, seine unwahren Behauptungen in öffentlicher Versammlung durch Beweise zu erhärten. Darum handelt es sich in dem offenen Brief gar nicht mehr. Genosse Hörning ist an den Abgeordneten Geisler mit der Aufforderung herongetreten, seine Angaben vor Gericht zu beweisen. Um ihn zu einer gerichtlichen Klustragung der Angelegenheit zu zwingen, nannte er ihn, falls er den gerichtlichen Weg nicht beschreite, einen bewußten Verleumder und Ehrabschneider. Indem er kneift, unterstellt Herr Geisler diese Charakteristik als wahr, er gibt zu, daß er ein bewußter Verleumder und Ehrabschneider ist.

Aber er begnügt sich nicht mit diesem Selbstporträt. Er begibt sich auch auf das Gebiet der Polemik, indem er seine Haltung dem Reichsbanner gegenüber mit dem Einwand zu deden verjudt, die Gründer des Reichsbanners hätten durch ihr Eintreten „für die Ausfühungsbestimmungen des Verfallener Diktates, des Dames-Gutachten, bekundet, daß sie gegen das bodenständige deutsche Kapital und gegen die deutsche Arbeit den Interessen des ausländischen Kapitalismus dienen“. Diese Gründe mögen an sich sehr ehrenwert sein, aber Tatsache ist es, daß die Deutschnationalen durch ihren mannhaften Umfahl die Annahme der Dames-Befehle erst ermöglicht haben, und daß sich dieselben Deutschnationalen jetzt dazu drängen, an der „loyalen Durchführung“ der Befehle durch ihren Eintritt in die Regierung mitzuwirken. Wie wäre es mit einem Austritt aus der deutschnationalen Partei, Herr Geisler? Ober glauben Sie, daß eine Partei wie die deutschnationalen auf eine ehrenwerte Persönlichkeit wie die Ihre nicht verzichten kann?

Der Landtag sollte heute die zweite Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Minister Wendorf nimmt Stellung zur Siedlungsfrage und weist auf die statistischen Ergebnisse hin. Man dürfe die Ergebnisse der Siedlung nicht zu gering einschätzen.

er leicht ironisch mit der Blasiertheit eines Gesellschaftsmenschen Fangball, der sich aus lauter Langeweile um 1 Uhr erschöpfen will, wenn nicht bis zu diesem Zeitpunkt die Frau in sein Leben tritt. Er hat nur noch 14 Minuten Zeit. Die Türen des Schloßparks sind fest geschlossen, doch siehe da, aus dem Baum vor seinem Fenster steigt in sein Zimmer eine niedliche kleine Zigeunerin. Ein anderer als Kurt Götz hätte aus diesem Stoff wirklich eine kiffige Angelegenheit gemacht, er aber versteht seine graziösen Miniaturen so pikant zu untermalen, daß keine Kunstwerke aus ihnen werden. Der spähigste Einakter ist „Die tote Lante“. Hier erscheint der deutsche Schulprofessor, dessen Gattin nach der Geburt des 12. Kindes sich dahingehend äußert, daß das Wochenbett die einzige erfreuliche Zeit für sie sei, in der sie von dem Trubel der Wirtschaft eine Zeit lang befreit ist. Herr Oberlehrer Rägler hat keine Schwester aus seinem Leben getrieben, weil sie ein uneheliches Kind bekommen hatte, — die Dirne, die Schamlose. Sie hat ihm indessen ihr gesamtes Vermögen im Betrags von 250 000 Dollar hinterlassen, aber vielmehr seiner ältesten Tochter Innocenzia. Auf diese Nachricht hin beginnen die festen Moralanschauungen des deutschen Oberlehrers bereits ins Wanken zu geraten und werden es noch mehr, als er von einer Ketten, verzwickten Klausel des Testaments hört. Das verführerische Vermögen soll nämlich nur dann seiner Innocenzia zufallen, wenn sie — hi, hi — bis zu ihrem 17. Lebensjahre ein uneheliches Kind zur Welt bringt. Dieser Unfall scheint nicht ganz originell. Man denkt an „Lottichens Geburtstag“ des Ludwig Thoma, an „Erziehung durch Colibri“ von Hans A. Rehfisch und dennoch hat Götz den Bourgeois in ebenso feinsinniger wie spähhafter Weise verurteilt. Wie sich mit Hilfe des schändlichen Herrn Heinrich Kraft (von Eugen Reg famos dargestellt) alles zugunsten der 250 000 Dollar und ohne wesentliche Beschädigung der deutschen Moral zum Guten wendet, das ist subtilste Kleintkunst eines bühnengewandten Schriftstellers. Die Vorstellung, an der sich die zierliche frische und amnante Valerie v. Martens und Leopold v. Lebebour beteiligen, wird den Zuschauern in angenehmster Erinnerung bleiben. Dgr.

Das neue deutsche Gold. Seit längerer Zeit sind, wie man weiß, Ermüdungen im Gange, um eine Rückkehr zu deutscher Goldwährung zu ermöglichen. Ohne daß diese schon abgeschlossen wären, sind aber auch schon Vorbereitungen für die Formgebung eines etwaigen deutschen Goldgeldes getrieben worden. Eine Reihe von hervorragenden Künstlern, die in Münz- und Medaillenfragen besondere Leistungen aufzuweisen haben, wurden zur Ausarbeitung von Entwürfen aufgefordert. Es sind dabei, wie wir hören, der Berliner Professor Emil Rudolf Weiß, Lehrer an den Vereinigten Staatschulen für freie und angewandte Kunst und der Münchener Medaillieur Oberregierungsrat Professor Maximilian Dasio, der dem bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus angehört.

Iman Giffa, Direktor der französischen Sprache und Literatur an der königlichen Akademie zu Brüssel, ist gestorben. Er war 1858 in Brüssel geboren, gehörte der Richtung „Jeune Belgique“ an und war mit Emile Verhaeren und Albert Giraud einer der charakteristischsten Vertreter der belgischen zeitgenössischen Dichtkunst.

Der Fürst auf der Vorstadt Bühne.

Es geht nichts über die Geschicklichkeit, mit der gewisse Menschen sich an die große Masse heranzumachen verstehen und niedrigste nationalstiftliche Instinkte bei ihr auszulösen versuchen. Was wäre es aber wohl für ein geeigneteres Mittel zu diesem Zweck als die Benutzung der Bühne? Die Schaubühne nicht als moralische, sondern als nationalstiftliche Anstalt — sagen diese Herrschaften. Genosse Kestricke hat vor einigen Tagen an anderer Stelle dieses Blattes auf die vielen privaten Bühnenerrichtungen mit nationalstiftlichem Einschlag und auf deren Gefahren für das Kunstleben hingewiesen. Zu der Gattung dieser bedeutlichen Kunstgemeinden gehört auch die Deutsche Volksbühne. Es ist bezeichnend genug, daß diese Kreise, die das Nationalstiftliche in der Schilde führen, sich scheinbar als Volksbühnen nennen, um die Täuschung der naiven Gemüter vollkommen zu machen. Die Deutsche Volksbühne hat jetzt das Rose-Theater in Besitz genommen, also eine Vorstadt Bühne mit einem Publikum, das der Kunst immerhin noch halb gegenübersteht und leicht für nationalstiftliche Propaganda von der Bühne herab einzufangen ist. In das Haus in der Großen Frankfurter Straße mit seiner für Berlin theatergeschichtlich merkwürdigen Vergangenheit — denn hier haben einst in Mitagsvorstellungen die ersten Stücke der Hauptmann, Sudermann, Halbe unter der Regie der „Freien Bühne“ das Licht der Welt erblickt — ist also jetzt nationalstiftliches Theater eingezogen.

Man eröffnete den Reigen gestern abend mit einer Aufführung von „Alt-Heidelberg“ des Wilhelm Meyer Förster. Man braucht heute gewiß über diesen sentimentalen Schnapstheater kein Wort mehr zu verlieren. Nur dies eine: als das Stück vor etwa 20 Jahren im Berliner Theater die Uraufführung hatte, konnte man die jämmerliche Harmlosigkeit lächelnd ablehnen. Heute hat die Geschichte ein anderes Gesicht. Heute benutzt man das Stück, um den Fürsten wieder auf die Bühne zu bringen, umgeben von Offizieren in goldgestickten Uniformen, von Ministern, Hofmarschällen und anderen Solisten. Man will auf diese Weise dem Volk erzählen: Seht, wie schön die Zeiten damals waren, als uns noch Fürsten regierten. Ob nun allerdings dieser Zweck gestern erreicht worden ist, kann vielleicht bezweifelt werden. Der größte Teil des Publikums jubelte allerdings dem Fürsten und seinem Gefolge auf der Bühne zu. Bei einem anderen Teile aber schien es so, als ob er der Meinung war, man wolle durch das Stück die alte Fürsten- und Bürgerehrlichkeit verhöhnen. Die Deutsche Volksbühne, die für 1 Monatsbeitrag erstklassige künstlerische Aufführungen in ihrem Prospekt verspricht, wird demnach die „Nanna von Barnheim“ aufführen. Wer einigermaßen nur mit der Technik der Bühne Bescheid weiß, der weiß, daß es für den Schauspieler ein Leichtes ist, durch das Sehen der Akte an falsche Stellen Sinn und Seele eines Theaterstücks in das Gegenteil zu verkehren. Man wird also höchstwahrscheinlich in der Deutschen Volksbühne aus dem heute noch immer besten deutschen Lustspiel ein militärisches Preim- und Paradestück machen.

Die Gefahren sind also groß. Unsere Parteigenossen wissen, daß als einzige Abwehr dagegen die Volksbühne zu betrachten ist, die in erstem Streben mit guten Kräften gute Kunst bietet. Aber die anderen, die Menge, die noch immer oberflächlich ist, auf das Dringendste hierdurch gewarnt vor dieser sich deutsch nennenden und vor den anderen nationalstiftlichen „Volksbühnen“.

Kachedurst der Feinde Paulsens.

In der „Vossischen Zeitung“ hatte der Ministerialdirektor Kästner, Leiter des Volksschulwesens im Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, einen Artikel veröffentlicht, der sehr warm für den Oberstaatsrat Paulsen eintrat und den Feinden Paulsens eine scharfe, verdiente Wahrheiten sagte. Darüber sind die Herrschaften aus der Deutschen Volkspartei so erobert, daß sie ihren Parteigenossen Boelich, den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Kästners Vorgehen, aufzuputzen suchen. Sie haben an Boelich einen langen Beschwörungsbrief gerichtet, den die „Deutsche Tageszeitung“ im vollen Wortlaut veröffentlicht. Während beklagen sie sich, daß Kästner die parteipolitischen Beweggründe zum Abbau Paulsens, zu denen sich die Kommunisten offen bekennen haben, auch den Bürgersachen vorgehalten hat. Ministerialdirektor Kästner hätte, so meinen sie, vor Veröffentlichung seines Artikels das Einverständnis des Ministers einholen müssen. Sie denunzieren Kästner, daß er eine vernichtende Kritik an der Abbauregung geübt habe, was in ihren Augen offenbar ein schweres Verbrechen ist. Und dann spielen sie den stärksten Trumpf aus: Kästner habe Propaganda für eine Schulreform getrieben (sie meinen die weltliche Schule), die sich zum Christentum in bewußten Gegensatz stellt. Wir sind gespannt darauf, ob der Minister so tanzen wird, wie seine Parteifreunde pfeifen.

Aus der Praxis des Kommunistenblattes.

Die „Rote Fahne“ hütet sich, die im „Vorwärts“ bekannt gegebenen Grauel des sowjetrussischen Strafvollzuges ihren Lesern mitzuteilen. Dafür bringt sie jetzt — nach dem Rezept „Halbt den Dieb!“ — einen Artikel „Die weiße Hölle in Moabit“, der gegen das Berliner Zellengefängnis in der Behrler Straße den Vorwurf großer Vernachlässigung kranker Gefangener erhebt. Sie behauptet, der „Vorwärts“ könne diese Dinge ganz genau, ohne mit einem Wort darüber seine Leser aufzuklären. Dabei beruft sie sich auf einen Gewährsmann, dessen Namen sie angibt. Sie sagt von ihm, er sei wegen eines Vergehens gegen das Bürgerliche Gesetzbuch zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und nun wegen Haftunfähigkeit auf kurze Zeit beurlaubt worden.

Nur die Moskauer der „Roten Fahne“ werden glauben, daß einer „wegen eines Vergehens gegen das Bürgerliche Gesetzbuch“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden sei. Der Gewährsmann des Kommunistenblattes war, ehe er dort vor sprach, auch bei uns, aber uns erzählte er von einem Vergehen gegen das Strafgesetzbuch. Bei mehreren Straftaten sei ihm der Schutz des § 51 (Unzurechnungsfähigkeit bei Begehung der Tat) zugesprochen worden, so daß er hier freigesprochen wurde, in einem anderen Fall aber habe man ihn verurteilt. Er wollte von uns wissen, ob er durch ein Wiederaufnahmeverfahren erreichen könne, daß auch in diesem Fall § 51 zu seinem Schutz angewendet und er freigesprochen würde. Von den Zuständen im Gefängnis sprach er nur nebenbei, und nur einige der jetzt von der „Roten Fahne“ gebrachten Angaben trug er uns vor. Aus dem Gefängnis ist er, nachdem er einen Teil seiner Strafe verbüßt hat, zunächst auf drei Monate beurlaubt worden. Daß man ihm den Rest der Strafe erlassen wird, darf als ziemlich sicher angenommen werden. Er ist Morphinist, gilt als geisteskrank, wurde daher entmündigt und steht schon seit längerer Zeit unter Vormundschaft. Auf uns machte er in seiner Erregtheit und Bewirtheit den Eindruck eines bedauernswerten Kranken. Er gab an, daß der Vormund ihn sorgsam betreut und ihn auch mit Geld unterstützt.

Inzwischen hat der Kranke Aufnahme in einer Irrenanstalt gefunden. Wahrscheinlich wird hiernach die „Rote Fahne“ in ein Geschrei ausbrechen und in gemachter Entrüstung ihren Lesern vorschweben, jetzt solle ihr Gewährsmann in das Irrenhaus abgeschoben werden. Demgegenüber stellen wir fest, daß er sich freiwillig dorthin begeben hat, weil er Heilung sucht und einseht, daß er das Arzney bedarf. Daß die Redaktion der „Roten Fahne“ das nicht eingesehen hat oder nicht hat einsehen wollen, ist bei ihr kein Wunder. Noch ehe sie mit ihrem Artikel heraufkam,

hatte ihr Gewährsmann in der Anstalt die gewünschte Aufnahme erlangt. Er dürfte sich fast unmittelbar nach seinem der „Roten Fahne“ gemachten Besuch in das Irrenhaus begeben haben.

Geständnis des Wächter-Mörders. Die Untat von langer Hand vorbereitet.

Zu dem Wächtermord in der Jagowstraße wird mitgeteilt, daß der an der polnischen Grenze verhaftete Wagenwäscher Friß Dürstewitz heute mittig in Berlin und im Polizeipräsidium eingetroffen ist. Die beiden Beamten, die ihn verhafteten, fuhrten 4 1/2 Stunden nach der Flucht der Täter mit dem Mercedeswagen, den ihnen die Gesellschaft zur Verfügung stellte, ab und jagten dem gestohlenen Wagen in rasendem Tempo nach. Es war eine halbschwerliche Fahrt, aber sie hatte Erfolg. Drei Minuten vor der polnischen Grenze hielten die Beamten den flüchtigen Dürstewitz ein. Als sie ihn stellten und ihm zuriefen: „Halt! Hände hoch!“ war er zunächst vor Schreck sprachlos. Er hielt an und ergab sich in sein Schicksal. Der Verhaftete wurde heute auf dem Polizeipräsidium sofort verhört. Er legte ein umfassendes Geständnis ab. Hiernach handelt es sich um einen vorbedachten und lange geplanten Mord. Dürstewitz belastet auch Müller und Jägemisch sehr schwer. Sie haben seiner Behauptung nach von allem gewußt und sind zum Teil auch bei der Ausführung des Planes zugegen gewesen. Der Gedanke ging, wie der Verhaftete sagt, von einem Polen aus, den er vor einem Vierteljahr in Berlin kennenlernte. Dieser ver sprach ihm für ein Auto 15000 Goldmark und ein Zigarrengeschäft im Polnischen. Schon seit drei Wochen arbeitete Dürstewitz nach Verabredung mit den beiden anderen an der Ausführung des Planes. Zunächst bestand die Absicht, den Wäscher, ohne dessen Befreiung es gar nicht möglich war, einen Wagen aus der Garage und vom Hofe wegzufahren, mit einem Knüttel zu erschlagen. Endlich aber entschloß man sich, ihn zu erschießen. Hochhaus hatte sonst die Gewohnheit, wenn er eine Kontrolluhr such, sich halb umzudrehen, um den Gang übersehen zu können. In der verhängnisvollen Nacht aber schien er, wie Dürstewitz sagt, sehr mürrisch zu sein, und stellte sich ganz mit dem Gesicht gegen die Uhr. So sah er den Mörder, der auf der Lauer lag, nicht und erhielt den tödlichen Schuß hinterrücks, ohne zu wissen, wer ihn abgab. — Das Verhör des Mörders dauert noch an. Es wird sich insbesondere noch darum handeln, festzustellen, ob seine Befreiung der beiden Rittverhafteten zutrifft.

Die Antennengebühr, über die in der heute abend vom Arbeiter-Radioklub in Reinickendorf (Bürgergarten, Hauptstraße 50, 7 1/2 Uhr) einberufenen Protestversammlung berichtet werden soll, erstreckt sich auf Grundstücke, die der Gemeinde gehören oder für die Gemeinde angemietet sind. Es handelt sich, wie man uns mitteilt, nicht um einen Antrag des Bezirksrats Reinickendorf auf Antennenbesteuerung, sondern um eine Verfügung des Berliner Magistrats, die für sämtliche Verwaltungsbezirke von Groß-Berlin die Bedingungen der Herstellung von Radioanlagen auf Gemeindegrundstücken einheitlich regelt. Danach soll für Antennen eine je nach dem Grad der Inanspruchnahme eines Grundstücks der Gemeinde oder eines für sie angemieteten Grundstücks gestaffelte Anerkennungsgebühr erhoben werden, die jährlich zu zahlen ist. Antennen auf Grundstücken, die nicht der Gemeinde gehören oder nicht von ihr benutzt werden, unterliegen nicht den Rechtsbestimmungen des Magistrats und der Bezirksämter. Von diesen Antennen kann man nicht die städtische Gebühr erheben, die eine üble Befastung der betreffenden Funkteilnehmer ist und einer Bestrafung der Bewohner von Gemeindegrundstücken gleichkommt.

Das Universitätsambulatorium für Stimm- und Sprachstörungen (das zwei Jahre geschlossen war) ist mit dem 1. Oktober an der 2. Hals-, Nasen- und Ohrenklinik der Charité, Luisenstr. 13, wieder geöffnet. Sprechstunden Dienstag, Donnerstag, Sonnabend von 1 bis 3 Uhr. Leitender Arzt Dr. med. Gujmann.

Zum Mainzer Eisenbahnunglück.

Bisher 14 Tote. — Verlagen zweier Zugführungen. Von den bei dem letzten Eisenbahnunglück im Mainzer Tunnel schwer Verletzten Personen sind inzwischen acht ihren Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Toten bis jetzt auf 14 beläuft. Die Rettungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da infolge des Platzens von Gasen das Gas ausströmte, so daß der Tunnel völlig mit Rauch und Gas angefüllt wurde. Französische Artilleriegeschütze wurden zur Hilfeleistung herbeigezogen.

Das Unglück trug sich, wie bisher festgestellt wurde, folgendermaßen zu: Beim Passieren des Tunnels zwischen dem Hauptbahnhof und Bahnhof-Süd verjagten am D-Zug 670/656 Köln-Mannheim die Luftbremsen, so daß der D-Zug in Tunnel hielt. Infolge Verlegens der Blockausfahrt-Sicherung aus Mainz-Hauptbahnhof war das Gleis des Tunnels nicht rückgesichert. Obwohl von der Blockstelle Mainz-Süd des Tunnelausgangs der D-Zug noch nicht zurückgemeldet und das Gleis damit nicht freigegeben war, ließ der verantwortliche Fahrdienstleiter Mainz-Hauptbahnhof den vier Minuten später fälligen Personenzug 682 Mainz-Worms nach dem Tunnel zu ab. Der Lokomotivführer des Personenzuges konnte wegen des dichten Qualms und wegen der Biegung des Tunnels den haltenden D-Zug nicht sehen und fuhr so in ihn hinein. Die letzten Wagen des D-Zuges wurden schwer beschädigt ebenso die Lokomotive des Personenzuges.

Die Aufräumungsarbeiten sind soweit vorgeschritten, daß seit heute früh 6 45 Uhr der Zugverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Da die Unfallstätte vollständig abgesperrt ist, und die Franzosen in ihren Rittteilungen sehr zurückhaltend sind, liegen sich bisher noch keine sicheren Feststellungen über die Gesamtzahl der Toten und Verletzten machen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind Berlin G. B. 68, Lindenstraße 3.
- 13. Kreis Tempelhof, Parteienrat, Parteienrat, Lichtentube, Freitag, den 3. Oktober, 7 1/2 Uhr. Sitzung des Bildungsausschusses im Rathaus Berlin, dort, Zimmer 26. Wichtige Tagesordnung.
- 14. Kreis Friedrichshagen, Kommunale Kommission, Arbeitermilitär und Arbeiterklub am Freitag, den 3. Oktober, 8 Uhr, im Wohlfahrtsamt, Rippow Str. 108, Quersch. Zimmer 1677, Vortrag des Gen. Beetz über „Jugendkrisen“ — Interessierte Genossen und Genossinnen sind hierzu eingeladen. Der nächste Vortragabend findet am 10. Oktober ebenfalls dort statt.
- 15. Kreis, Freitag, den 3. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Hedler, Georgenkirchstr. 36, Funktionärssitzung.
- 16. Kreis, heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, bei Bauer, Große Frankfurter Str. 1, Sitzung sämtlicher Funktionäre.
- 17. Kreis, heute, Donnerstag, Frauenabend, 7 1/2 Uhr bei Strogmann, Rappentier Str. 13, Vortrag des Genossen Läubert.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin G. B. 14, Schönhauser Str. 37B, Hof 2 Tr. Jugendkameradschaft Oberpostel Ortsgruppe Schöneberg, heute, Donnerstag, abend 10 1/2 Uhr, im Jugendheim, Berliner Straße 31, Besprechung. Aufnahme neuer Mitglieder.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Fortdauer des nur zeitweilig durch Nebel getrübt, sonst trockenen Herbstwitters. Deutschland: Im Nordostdeutschland heiter, in den mittleren Landes teilen zeitweilige Nebel. Im Westen trübe, nirgends Niederschläge von Bedeutung.

Gewerkschaftsbewegung

Lehrlingszuchterei in der Holzindustrie.

Die Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen fordern durch ihren Obermeister Boeth in der „Hochzeitung“ immer und immer wieder auf, die Tischlermeister mögen Tischlerlehrlinge einstellen, Bildhauerlehrlinge einstellen, Maschinenarbeiter ausbilden.

Die lebhafteste Agitation der Tischlermeister hat es zumege gebracht, daß tatsächlich eine große Anzahl junger Leute sich im Bureau der Tischlerinnung gemeldet hat, um Lehrstellen zu erhalten. Die Zahl der Tischlerlehrlinge in Berlin ist auf über die doppelte Anzahl der Lehrlinge in der Vorkriegszeit gestiegen und beträgt gegenwärtig über 2000, bei einer Arbeiterzahl im Gewerbe von circa 16 000 bis 18 000. In der Vorkriegszeit gab es in Berlin 800 bis höchstens 1000 Tischlerlehrlinge.

Der Holzarbeiterverband weist darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit in der Berliner Holzindustrie seit vielen Jahren außerordentlich daniederliegt. n. Beitrag doch die Zahl der Arbeitslosen in der Vorkriegszeit schon immer 15 bis 20 Proz., so hat sich dies Verhältnis in der Nachkriegszeit noch außerordentlich verschlechtert und ist schon zeitweilig bis 60 Proz. gestiegen, wobei der Rest der noch Arbeitenden Kurzarbeiter war. Die Arbeitslosigkeit des einzelnen Tischlers dauert mehrere Monate bis zu einem Jahre. Haben die jungen Leute ihr Lehrverhältnis beendet, so werden sie in den meisten Fällen sofort entlassen und vermehren die ungeheure Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter.

Wir machen deshalb die Eltern und Vormünder darauf aufmerksam, daß es dringend notwendig ist, sich von der Qualität des Meisters zu überzeugen, bei dem sie ihre Schutzbefohlenen in die Lehre geben, und vor allem zu berücksichtigen, daß das Tischlerhandwerk in Berlin für die große Mehrzahl der fluktuierenden Arbeiter eine Lebensindustrie bedeutet.

Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Transportarbeiterstreik und Güterbeförderung.

Die Leitung des Eisenbahnwesens teilt mit, daß infolge des Berliner Transportarbeiterstreiks Güterböden und Ladegestelle auf den Bahnhöfen Groß-Berlins sich allmählich zu füllen beginnen. Der Potsdamer Bahnhof ist für die Güterannahme gesperrt. Etwa 100 Güterwagen sind vom Anhalter Bahnhof dorthin übergeführt worden und werden ladegerect gestellt. Sämtliche in Berlin eintreffenden Güter werden den Empfängern avisiert und müssen von ihnen abgeholt werden. Wie die Empfänger das bemerkstelligt, ist ihre Sache.

Drohender Streik im Leitergerüstbauergewerbe.

Die Gruppe Leitergerüstarbeiter, organisiert im Deutschen Verkehrsband, hat das gestrige Lohnabkommen am 15. September gestündigt und neue Lohnforderungen überreicht. Befordert wurden für Poliere 140 M., Leitergerüster 120 M., Holzarbeiter 108 M. je Stunde. Die Arbeitgeber leiteten der Organisation mit, daß sie jegliche Verhandlungen über eine Lohnerhöhung ablehnen, da seit Wochen keine größeren Schwankungen in den Lebenshaltungskosten vor gekommen seien, Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden aber be müht seien, die Lebenshaltungskosten der gesamten Bevölkerung herabzusetzen. Die einzige Steigerung betreffe die Wohnungsmiete. Diese Steigerung wollen die Arbeitgeber ab 1. Oktober ausgleichen.

Die Funktionäre nahmen dazu Stellung und entschieden sich für die Durchsetzung der Lohnforderungen. Die Organisation wurde beauftragt, um eine Verständigung zu erzielen, mit den Arbeitgebern bis zum Sonnabend endgültig zu verhandeln. Wird keine Verständigung bis Sonnabend erzielt, dann entscheidet die am Montag, den 6. Oktober, abends 6 Uhr, nach Elisabethstraße 30 einberufene Vollversammlung.

Bei Aschinger wird gemahngeregt.

Da der Plan der Firma Aschinger, gegen den Willen ihres Personals eine Betriebskrankenkasse zu gründen, gescheitert ist, scheint die Direktion Brügelmann zu suchen. Des Mißfallens der Herren richtet sich besonders gegen die neugewählten Betriebsratsmitglieder der einzelnen Betriebe, um so mehr, als die Firma bei den jetzt vollzogenen Wahlen einen so mißglückten Betriebsrat, wie den letzten, nicht mehr bekommen hat. Am meisten liegt der Direktion der Einfluß der Gewerkschaft auf die Betriebsräte im Magen. Einer der Direktoren äußerte sich vor einigen Tagen, der Betriebsrat solle sich nicht nach den Gewerkschaften richten. Die organisierte Berliner Arbeiterschaft wird sich die Stellungnahme der Firma Aschinger merken müssen.

Am Dienstag dieser Woche wurden die Betriebsratsmitglieder Habermann und Schulmeister, die seit mehreren Jahren bei der Firma tätig sind und ständig im Hofbräu beschäftigt wurden, weil sie als Betriebsratsmitglieder im Hofbräu gewählt waren, gemahngeregt und nach der 5. bzw. 6. Bierquelle ver setzt. Damit nicht genug glaubte sich der Geschäftsführer Eichenbach berechtigt, die Befestigung des Wählergebnisses der Betriebsratswahl abzubrechen. Man versucht, die Arbeitnehmerschaft der Firma in jeder Weise herauszufordern. Eine Fortsetzung dieses Vorgehens kann für die Firma zu sehr unliebsamen Folgen führen.

Die Hungerlöhne in der Leichtkonfektion.

Der Zentralverband der Werkstätteninhaber (Zwischenmeister) der Leichtkonfektion und der Zentralverband der hausgewerblich Beschäftigten der Engrosgehäute der Leichtkonfektion hatten zu Mittwoch abend eine öffentliche Protestversammlung einberufen, in der der Vorstehende Wenzel über die elenden Stücklöhne sprach, die jetzt von den Fabrikanten an die Zwischenmeister gezahlt werden. Aus dem reichen Material, das der Referent der Versammlung unterbreitete, war zu entnehmen, daß die Unternehmer in der Konfektion unglücklich niedrige Löhne zahlen. Für Damenröcke werden 50 bis 90 Pf. gezahlt, Mäntel sollen für 1 bis 1,50 M. hergestellt werden. Ein Duzend Kinderkleider werden mit 4,20 M. bezahlt und für Wollkleider, die noch gebleicht und verfarblicht verpackt werden müssen, werden 50 bis 60 Pf. geboten. An besseren Sachen, die mit etwa 3 M. bezahlt werden, ist natürlich entsprechend mehr Arbeit, so daß an solchen Stücken bis zu neun Stunden gearbeitet werden muß. Eine besonders miserablen Entlohnung erfolgt für einfache Blusen. Die Preise für Hemdblusen, an denen etwa 40 Minuten gearbeitet wird, betragen 15 bis 30 Pf. Ebenso mangelhaft sind die Löhne in der Wäscheindustrie. Von diesen Preisen bekommt natürlich die Heimarbeiterin nur einen Teil, denn der Zwischenmeister hat mit den Sachen auch noch seine Arbeit.

In den meisten Branchen wird tariflos gearbeitet, die Löhne werden „in freier Vereinbarung“ zwischen Fabrikant und Zwischenmeister verabredet, d. h. der Fabrikant diktiert die Preise und droht bei Einspruch mit Vorenthaltung von Aufträgen. Der Referent wie auch die Diskussionsredner wiesen darauf hin, daß nur strikte, geschlossene Organisation der Zwischenmeister und den Heimarbeiterinnen auskömmliche Löhne sichern werden. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird energisch gegen die Schandentlohnung protestiert. Die Fabrikanten werden auf die unausbleiblichen Folgen ihrer Preispolitik aufmerksam gemacht. Der Verband wurde beauftragt, auf den Abschluß von Tarifen hinzuwirken.

Für die Heimarbeiterinnen, die ständig in der Konfektion beschäftigt sind, kommt als Organisation, die ihre Interessen sowohl gegenüber den Unternehmern wie den Zwischenmeistern energisch vertritt, nur der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband in Betracht. Solange sie dies nicht erkannt und sich gewerkschaftlich organisiert haben, wird ihnen nicht zu helfen sein.

